

Die Neubildung der Reichsregierung.

Der Druck, den die Berliner Linksradikalen auf die Regierung Ebert-Bauer ausüben, hat zu dem Rücktritt des Reichswehrministers Noske geführt. Damit ist ein weiterer Ministerposten frei geworden. Das Reichsschatzamt und das Reichsfinanzamt sind unbesetzt. Fast von selbst ergibt sich aus dieser Lage, daß das Gesamtministerium einer gründlichen Umbildung bedarf. Der bei den letzten Ereignissen wieder stark zur Geltung gekommene Einfluß Berlins wird zweifellos eine entscheidende Rolle bei dieser Umbildung spielen. Die Mehrheitssozialisten haben infolge des Militärputsches einen starken Aufwind nach links gemacht, davon legte die Rede Scheidemanns auf der Stuttgarter Nationalversammlung ein deutliches Zeugnis ab. Wenn die Einigungsverhandlungen zwischen den drei sozialistischen Parteien zum Ziel führen sollten, so würde das nichts mehr und nichts weniger bedeuten als das Ende der bisherigen Mehrheitskoalition. Es ist unmöglich, mit den Unabhängigen und Kommunisten zusammen eine fruchtbare Politik zu treiben. Diese beiden radikalen Vereinigungs-Parteien würden in dem Körper der Koalition wie ein Sprengstoff wirken und einen tiefen, unüberbrückbaren Riß zwischen den Bürgerlichen und den Sozialisten aufklaffen lassen. Die Mehrheitssozialisten würden teils auf die eine, teils auf die andere Seite bei dieser Trennung zu stehen kommen. Vor allem würden die süddeutschen Sozialdemokraten den Aufwind nach links nicht mitmachen. Eindeutig hat neulich der württembergische Ministerpräsident Blos erklärt, daß er ein Zusammengehen mit den Unabhängigen und schon gar mit den Kommunisten nicht für zweckmäßig halte. Da jedoch die Berliner Vereinigungsbestrebungen bis jetzt ergebnislos verlaufen sind, verharren die Unabhängigen und Kommunisten in ihrer scharfen Opposition. Die U.S.P. fordert deshalb den Rücktritt der Reichsregierung und die Einsetzung einer Arbeiterregierung.

Wie das Wolffsche Büro mitteilt, fanden im Laufe des Dienstag bis spät in die Nacht hinein Beratungen des Reichskabinetts unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten statt. In den Mitternächten wird mit dem Bestehen einer Ministerkrise sowohl im Reich als in Preußen bestimmt gerechnet, wenn auch genauere Nachrichten bisher nicht vorliegen. Von sozialistischer Seite sei die Forderung einer neuen Arbeiterregierung aufgestellt worden, an der sich Vertreter der bisherigen Mehrheitsparteien beteiligen sollen. Andererseits wurde von einer rein sozialistischen Regierung oder einer Umgestaltung des bisherigen Reichskabinetts gesprochen, wobei angeblich die Besetzung einiger Ministerien durch Fachminister in Betracht kommen soll. Als eventuellen Reichskanzler nennt man den bisherigen Reichsminister des Innern, Müller, den Dr. David ersetzen würde. Authentische Nachrichten liegen aber noch nicht vor.

Nach den heutigen Berliner Morgenblättern ist im Laufe des gestrigen Tages in den Verhandlungen des Reichskabinetts mit den Mehrheitsparteien über die Umbildung der Regierung nahezu eine Einigung erzielt worden. Die „Berliner Morgenpost“ glaubt folgende Ministerliste geben zu können: Reichskanzler: Bauer; Bismarcker und Justiz: Schiffer; Inneres: Hermann Müller; Inneres: Koch; Reichswehr: Geßler; Finanzen: Cuno (Zentr.); Schatzminister: Holz (Zentr.); Verkehr: Bell; Arbeit: Schläpfer; Wirtschaft: Schmidt; Wiederaufbau: Silberstein; Post: Sieberts; ohne Portefeuille: David. Von den neuen Männern ist Cuno Direktor der Spag und ehemaliger Geh. Finanzrat, Holz Amtsrichter in Rottenburg a. N. und Silberstein Gewerkschaftsführer; er leitet den Bauarbeiterverband. — Ebenso verzeichnen die Morgenblätter die Nachricht, daß der preussische Ministerpräsident Hirsch dem Präsidenten der preussischen Landesversammlung, Leinert, den Rücktritt des preussischen Kabinetts überreicht habe. In parlamentarischen Kreisen werde angenommen, daß Noske einen Sitz im preussischen Kabinett angeboten bekommen soll. Das preussische Verkehrsministerium soll der frühere Chef des Feldpostens, General Gröner, erhalten.

Die bevorstehende Umbildung des preussischen Kabinetts.

(W.B.) Berlin, 24. März. Bei einer Konferenz der Mehrheitsparteien der Landesversammlung ergab sich Uebereinstimmung darin, daß die Frage, ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaß eine Umbildung des preussischen Ministeriums stattfinden solle, erst nach Klärung der Verhältnisse im Reich einer Lösung zugeführt werden kann. Die Fraktionen haben demgemäß zu dieser Frage keine endgültige Stellung genommen.

Die Wirren im Reich.

Verhandlungen und Waffenstillstand.
(W.B.) Hagen i. W., 24. März. Nach schweren Kämpfen, die sich zwischen Arbeitstruppen und der Reichswehr im Gebiet der Lippe unter Anwendung von schwerer Artillerie auf beiden Seiten abgepielt hatten, haben gestern Verhandlungen in Bielefeld begonnen, die in Hagen fortgesetzt wurden. Ein Waffenstillstand von 24 Stunden ist abgeschlossen worden. Die Parteien liegen sich verschanzt gegenüber. Die Verhandlungen leitete Reichskommissar Severing Reichsminister Sieberts und der preussische Minister Braun nahmen daran teil. Zur Feststellung der näheren Bedingungen wurde ein Sechzehner-Ausschuß gewählt. Man hofft auf eine endgültige Verständigung und die Beilegung der Kämpfe. Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei in Arnberg hat sich mit Entschiedenheit gegen die Maßregelung einer Aushungerung des Ruhrgebietes ausgesprochen.

(W.B.) Bielefeld, 25. März. Nach eingehenden Verhandlungen der Arbeitervertreter und Stadtverwaltungen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks wurde eine Erklärung festgelegt, in der ausgeführt wird, daß die Vertreter aller beteiligten Parteien ihre Forderungen zur Entwirrung der durch den Rapp-Putsch entstandenen Lage auf Grund derjenigen Vereinbarung in Einklang bringen wollen, auf Grund deren die Vorstände der deutschen Gewerkschaften, der S.P.D. und der U.S.P.D. vorgestern in Berlin die Beendigung des Generalstreiks beschlossen haben. Die Korps Wittich, Bittichlag und Schulz sollen aufgelöst werden. Zur Unterstützung der öffentlichen Sicherheitsorgane wird eine Ortswehr in Stärke bis zu drei Mann auf 1000 Einwohner aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung gebildet. Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition sowie die Rückgabe requirierten und erbeuteten Heeresgeräts an die Gemeindebehörden. Bei lokaler Einhaltung dieser Vereinbarung wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. Der verstärkte Ausnahmezustand soll aufgehoben werden.

Die Kampfslage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

(W.B.) Bielefeld, 24. März. Die Lage im rheinisch-westfälischen Kampfgebiet, die durch das Abkommen zwischen Regierung und Arbeitervertretern klariert worden ist, ist folgende: Die Gruppe Wesel der Reichswehr steht nördlich der Lippe. Die Gruppe Münster liegt mit dem rechten Flügel bei Buldern dicht bei Münster und östlich Münster. Kein Soldat steht so weit südlich, daß von Seiten der bewaffneten Arbeiter die Abmachungen eingehalten werden, es heute oder morgen zu Zusammenstößen kommen kann. Die Arbeitstruppen sind zurückgenommen bis südlich der Lippe. Der am weitesten nach Wesel vorgeschobene Posten der bewaffneten Arbeiter wird auf Dinslaken-Dorsten zurückgenommen.

Die Kommunisten in Pommern und Mecklenburg.

Berlin, 25. März. Nach dem „Berl. Lokalan.“ treten in Vorpommern und im südöstlichen Mecklenburg bewaffnete Banden auf. Die Güter Kradow und Klein-Bielen sind niedergebrannt worden. In Faulenroß bei Malchin wurde Graf Hahn ermordet. In Gnoien und Belgard haben schwere Kämpfe zwischen Spartakisten und Reichswehrtrouppen stattgefunden. Die Linie Greifswald-Wolgast ist in der Hand bewaffneter Arbeiter unter Führung Berliner Kommunisten. Die Telefonleitungen zwischen Stralsund und Greifswald, sowie in ganz Vorpommern sind durchschnitten. Die Strecke Berlin-Stettin ist wieder fahrbar, nachdem Verhandlungen mit den Spartakisten, die den Bahnhof Eberswalde besetzt hielten, zu einer Einigung geführt haben.

Sonstige Nachrichten aus dem Reich.

In Thüringen scheint die Kommunistenwirtschaft zusammengebrochen zu sein. So meldet die „Thür. Landesztg.“ unter dem gestrigen Datum: Heute morgen 8 Uhr hatten die Auführer in Gotha bedingungslos die Waffen gestreckt. Gegen 1 Uhr mittags werden sich Abgeordnete der Stadt Gotha nach Eisenach begeben, um dem dortigen Truppentommando die Abgabe der Waffen mitzuteilen. Darnach rücken die Regierungstruppen in Gotha ein. Die Führung der Roten Armee ist aus Gotha geflüchtet. Nachmittags findet die Beerdigung von 73 Toten statt. — In Osnabrück ist der Generallandtag aufgegeben worden, die Stadt selbst freiwillig geräumt worden. Die Arbeiterschaft ist noch im Besitz von Waffen. — Auch in Braunschweig wurde beschlossen, den Generallandtag abbrechen. — In Halle a. S. hat sich die Mehrheit der Arbeiter trotz Abmahns der Streikleitung für die Fortsetzung des

Streiks ausgesprochen, bis die bei den Kämpfen Verhafteten auf freien Fuß gesetzt sind. — Der in Plauen erscheinende „Vogl. Anz.“ berichtet aus Marneutirchen: Der Kommunist Max Hölz, auf dessen Ergreifung die Staatsanwaltschaft Plauen 6000 Mark Belohnung ausgesetzt hat, und der in der Nacht zum Sonntag 14 Strafgefangene des Falkenstein Schwurgerichts aus dem Landgerichtsgefängnis Plauen befreite, erschien gestern abend mit einer bewaffneten Bande von etwa 200 Mann. Sie besetzten alle Straßen und ließen niemand aus den Häusern heraus. Hölz selbst begab sich mit mehreren Leuten vor das Rathaus und verlangte vom Bürgermeister 100 000 Mark, die er auch erhielt. — In Kiel ist der Generallandtag für beendet erklärt worden. Admiral Evers, der neue Stationschef der Kieler Station, hat sein Amt niedergelegt. Zivilgouverneur Garbe, Mehrheitssozialist, hat mit einem militärischen Beirat die Funktionen des Stationschefs übernommen.

Der Stand unserer Rohstoffversorgung.

(W.B.) Berlin, 24. März. Ueber die Kohlenlage wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: In Westfalen wird voll gearbeitet. Es werden täglich ungefähr 16 000 Eisenbahnwagen (so viel wie zur Zeit als die Aufnahme der Mehrarbeit begann) gestellt. In Oberschlesien wird voll gearbeitet, doch gestattet die Verkehrslage nicht, die geförderten Mengen aus dem Revier herauszuschaffen, da besonders der Umstellbahnhof Breslau-Bodau sehr stark verstopft ist. Im rheinischen Braunkohlenrevier, das im besetzten Gebiet liegt, hat die Arbeit während der kritischen Tage nie gestockt, dagegen wird im mitteldeutschen Kohlenrevier, im Halleischen Revier, im Bitterfelder und im Zeitz-Weißenfeller Revier fast gar nicht gearbeitet. Ebenso wird in Sachsen zu einem großen Teil noch gestreikt. Im Altenburg Revier wird zwar gearbeitet, doch werden die geförderten Kohlen zum größten Teil für die Bedürfnisse des Altenburg Landes verwandt. Im Niederlausitzer Revier, besonders in Senftenberg und Umgebung, ist heute, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Arbeit wieder aufgenommen worden, doch dürfte die Kohlenversorgung so lange zu wünschen übrig lassen, bis die durch den Eisenbahnstreik hervorgerufene Verstopfung der Bahnhöfe beseitigt und damit die Verkehrsalamität behoben ist.

Zur äußeren Lage.

Sonderfrieden zwischen Amerika und Deutschland.

(W.B.) Washington, 24. März. (Havas.) Der Repräsentantenkongress ging ein Gesetzentwurf zu, der zu einem Sonderfrieden zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ermächtigt. Er sieht die Schaffung eines Handelsrates vor, der so rasch wie möglich dem Kongress einen allgemeinen Entwurf für die Leistung von Krediten an Europa unterbreiten soll. Diese Kredite sollen ausgedehnt werden, bis der Wechselkurs wieder den Stand der Vorkriegszeit erreicht hat.

Das deutsch-polnische Beamtenabkommen.

(W.B.) Bromberg, 24. März. Der Staatskommissar für die Ueberleitung an Polen teilt dem Deutsch-polnischen Pressedienst mit: Nach den neuesten amtlichen Informationen ist die Verlängerung des deutsch-polnischen Beamtenabkommens nicht endgültig vereinbart worden. Die vorübergehend in Polen in Dienst getretenen deutschen Beamten scheiden daher mit dem 31. März aus.

Eine Untersuchungskommission für Rußland.

(W.B.) London, 25. März. Der geschäftsführende Ausschuß des Internationalen Büros für Arbeit hat sich am Mittwoch zu Gunsten der Entsendung einer Untersuchungskommission nach Rußland ausgesprochen. Ein Vorschlag des Völkerbundes, welcher wünscht, daß das Büro die Delegierten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu der in Frage stehenden Untersuchungskommission ernennen soll, wurde angenommen.

Ende des Straßburger Streiks.

(W.B.) Straßburg, 24. März. Mit den Streikenden scheint es zu einer Verständigung zu kommen, da Arbeitnehmer und Arbeitgeber grundsätzlich zugestanden haben, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen. Die Versorgung der Stadt mit Gas und Elektrizität ist gesichert worden.

Belgische Unverjährlichkeit.

(W.B.) Brüssel, 24. März. Die belgische Gruppe des interparlamentarischen Verbandes hat es nicht als nötig erachtet, die Beziehungen zu den Deutschen wieder aufzunehmen, solange Deutschland nicht zum Völkerbund zugelassen sei, und zwar weil bei der letzten Tagung in Genf der belgische Delegierte durch die Gegenwart der Deutschen gezwungen worden sei, sich der Diskussion zu enthalten.

ein
Calw.
empfehlen wir
Es geben ab:
Landesverbands-
hner pr. Et 1. M.
uhnfarbige Ita-
hränkter Anzahl.
rosenfämmige
1.50 M.
weife Ita-
schühner pr. Et
pr. Et 2. M.
Mitglieder des
vereins: Ita-
M. Plymouth
beschr. Anzahl.
rege Rheinländer
pr. Et 2.50 M.
Kreuzungs-
Anzahl.
gelbe Italiener
leder 1.50 M.
Mitglieder 2 M.)
sind (stabil)
eine erforderlich.
solche Scheine
Berein
eine Mitglieder
Riffen,
erfügung gestellt
Sommerbienen-
gebrauch machen
durch die Vere-
lassen.
d: S. Knecht.
acken
ing
zu deren
in
n.
dern
itet.
arktstr.
rren-
rtiefel
zu verkaufen.
en in der Ge-
Bl.
Sofa
ensware)
at zu verkaufen.
die Geschäfts-
ates.
aber gut halt.
erwagen
en gesucht.
derstraße 166 II.

Belgisch-holländischer Vertragsabschluss.

(WB.) Brüssel, 23. März. Die belgischen Delegierten, die den belgisch-holländischen Vertrag ratifizieren sollen, schickten von ihrer Regierung den Auftrag, mit der Ratifikation gleichzeitig eine Note zu übermitteln, in der bezüglich der Sicherheit Belgiens dagegen protestiert wird, daß trotz der gegebenen Versicherungen Belgien immer noch jeglicher Garantie entbehre.

Frankreich und der Vatikan.

(WB.) Paris, 24. März. Die Kammerkommissionen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen hörten Ausführungen des Ministerpräsidenten Millerand über den Gesetzentwurf betreffend die Wiederaufnahme der Beziehungen mit dem Vatikan. Millerand erklärte u. a., daß das französische Kirchenregime auf Elfaß-Vorbringen erstreckt werden müsse. Das gegenwärtige Statut Elfaß-Vorbringens verleihe auf jeden Fall die Unterhaltung von Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl.

Unruhen in Italien.

(WB.) Mailand, 24. März. Dem „Secolo“ zufolge ist es in der Provinz Padua zu schweren Unruhen zwischen organisierten Katholiken und Anhängern der Sozialisten gekommen.

Sympathieundgebungen der österreichischen für die deutschen Arbeiter.

(WB.) Wien, 23. März. Wie die „Arbeiterztg.“ meldet, befahte sich der Wiener Arbeitererrat mit der durch die Ereignisse in Deutschland geschaffenen politischen Lage. Friedrich Adler begründete einen im Auftrage der Obmännerkonferenz vorgeschlagenen Aufruf an das Proletariat Deutschlands, der bei Stimmhaltung der Kommunisten einstimmig angenommen wurde. In dem Aufruf wird das deutsche Proletariat zur Schaffung einer Arbeiterwehr eingeladen. Weiter wird die Schaffung einer Wehr, wie sie das Proletariat in Österreich besitzt, gefordert. Zum Schluß heißt es: Unser Schicksal ist unser Schicksal. Die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo der Anschluß des Proletariats Deutsch-Österreichs an das revolutionäre und an das sozialistische Deutschland erfolgt. — Der Antrag des Kommunisten Friedländer auf Wehrhaftmachung des Proletariats wurde angenommen.

Generalkrieg in Spanien.

(WB.) Madrid, 23. März. (Neuter.) Hier ist der Generalkrieg erklärt worden. — Nach der gestrigen Kammer- scheidung fand ein Ministerrat statt, der sich mit der Frage des Eisenbahnstreiks befahte. Der Ministerrat beauftragte den Minister der öffentlichen Arbeiten und den Minister des Innern, den Direktoren der Gesellschaften zu erklären, wenn der Konflikt nicht sofort beigelegt werde, würde das Parlament die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Streiks ergreifen.

(WB.) Madrid, 24. März. Nachrichten aus der Provinz melden, daß der Eisenbahnstreik überall ausgebrochen ist, ausgenommen in Valencia und Cadix, wo die Abfertigung einiger Züge möglich war.

Neue Goldfelder in Alaska.

(WB.) Amsterdam, 24. März. „Times“ melden aus Toronto, daß in Alaska neue Goldfelder entdeckt worden seien.

Deutschland.

Von der Nationalversammlung.

(WB.) Berlin, 24. März. Die für Donnerstag anberaumte Sitzung der Nationalversammlung ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Dem Präsidenten Fehrenbach ist die Ermächtigung erteilt worden, nach Klärung der Lage eine Sitzung anzuberaumen.

Die Neuwahlen für den Reichstag.

* Berlin, 24. März. Nach mehreren Blättern sollen die Neuwahlen für den Reichstag Ende Mai oder Anfang Juni stattfinden. Der „Freiheit“ zufolge schlägt der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung als Termin den 6. Juni vor.

Vom Reichsrat.

(WB.) Berlin, 23. März. Der Reichsrat trat gestern zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, an der der Vorsitzende, Wiederaufbauminister Dr. Gehler, im Auftrage der Reichsregierung dem Reichsrat den Dank zum Ausdruck brachte für die Unterstützung, die der Reichsrat der Regierung durch seine Stellungnahme gegenüber den neuen Gewalthabern hatte angedeihen lassen. Im Namen des Reichsrats erwiderte der bayerische Gesandte Dr. v. Dreger, der Reichsrat habe gezeigt, daß er auf dem Boden der Verfassung stehe. Nur durch das Festhalten an dieser könne die schwere Krise überwunden werden. Der Reichsrat erledigte sodann eine Reihe von Gesetzentwürfen, darunter das Reichsbesoldungsgesetz.

Die Vereinheitlichung des Verkehrswezens.

(WB.) Berlin, 23. März. Die Vorlage betreffend die Ueberführung der Staatseisenbahnen auf das Reich zum 1. April d. J. ist vom Reichsrat angenommen worden.

Das Gesetz gegen die Hochverräter.

(WB.) Berlin, 24. März. Der Nationalversammlung ist der Gesetzentwurf betreffend die Aburteilung der mit dem hochverräterischen Unternehmen vom 13. März 1920 zusammenhängenden Straftaten durch die ordentlichen Gerichte, zugegangen. Darnach steht die Aburteilung, auch soweit es sich um der Militärgerichtsbarkeit unterstellte Personen handelt, ausschließlich den ordentlichen bürgerlichen Gerichten zu. Der Gesetzentwurf wurde zunächst in eingehender Ausschussberatung vom Reichsrat behandelt.

Strafverfolgung gegen den Abgeordneten Traub.

* Berlin, 24. März. Rant „Berl. Lokalanz.“ hat der Oberreichsanwalt bei der Nationalversammlung die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Traub wegen Hochverrats beantragt.

Das Urteil gegen den Oberleutnant Marloh.

(WB.) Berlin, 24. März. Das kriegsgerichtliche Urteil gegen Oberleutnant Marloh ist von der Regierung bestätigt

Ämtliche Bekanntmachungen.

Kommunalverband Calw.

Bekanntmachung betr. Fleischversorgung.

Auf den 2. Wochenabschnitt der vom 15. März bis 11. April 1920 gültigen Fleischkarte wird von den Metzgern des Bezirks anstatt frischem Fleisch Büchsenfleisch und Büchsenwurst abgegeben. Auf den Wochenabschnitt entfallen für Erwachsene 120 Gr. Büchsenfleisch zu M. 5.40 das Pfund und 40 Gr. Büchsenleberwurst zu M. 4.05 das Pfund, auf Kinderkarten die Hälfte.

Calw, den 24. März 1920.

Kommunalverband: Oberamtmann Gös.

Oberamt Calw.

Betreff: Rälberaufbringung.

Die Bestimmungen über die Rückgabe der Rälberhäute an den Tierhalter werden durch die neu veröffentlichten Häutezuschläge nicht außer Kraft gesetzt. Bei den Rälbern wird nach wie vor die Haut zurückgegeben; der Tierhalter hat, wenn er die Rälberhaut bekommt, keinen Anspruch auf den Häutezuschlag. Die Veröffentlichung der Häutezuschläge für Rälber (375 M.) hat nur für die Neufestsetzung der Höchstpreise für Kuh- und Zuchtindvieh Bedeutung.

Calw, den 23. März 1920.

Oberamtmann: Gös.

Oberamt Calw.

Oberamtliche Bekanntmachung.

Comäß § 1 der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 26. September 1919 wird mit Genehmigung des Ernährungsministeriums und der Fleischversorgungsstelle in Ausführung des § 8 der Verordnung des Reichswirtschaftsministers über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919 (RGBl. S. 1903) und der Verfügung des Ernährungsministeriums über die Verwendung des Mehrerlöses von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 16. Oktober 1919 (Staatsanzeiger Nr. 239) folgendes angeordnet:

1. Bei allen Schlachtungen von Rindern, Schafen und Pferden einschließlich Fohlen, Eseln, Maultieren und Maul- eseln hat der Tierbesitzer die Häute der geschlachteten Tiere an die jeweils vom Kommunalverband zu bestimmende Stelle abzuliefern.

2. Die an den Tierbesitzer zu zahlende Entschädigung wird vom Oberamt nach den Vorschriften über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden festgesetzt.

3. Gleichzeitig werden die Herren Ortsvorsteher erneut darauf hingewiesen, daß sämtliche Schlachtungen, gleichviel, ob das Fleisch vollgenüßtauglich, minderwertig oder ganz untauglich ist, unter allen Umständen sofort dem Oberamt telefonisch anzuzeigen sind.

4. Zuwiderhandlungen werden nach § 33 Ziff. 5 der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 25. September 1916-10. November 1917/18, Oktober 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Calw, den 20. März 1920.

Oberamt: Gös.

Bekanntmachung betr. Rechnungshandbücher der Gemeindevorstände.

Die Herren Rechnungshilfsbeamten werden aufgefordert, alsbald hierher anzuzeigen, daß die Hauptbücher und Kassentagebücher angelegt und den Rechnern übergeben sind.

Calw, den 23. März 1920.

Oberamt: Gös.

worden. Das Urteil, das Marloh wegen des Befehls zur Erschießung der 29 Matrosen freisprach und ihn nur wegen unbefugter Entfernung zu einem Monat Festungshaft verurteilte, ist damit rechtskräftig geworden.

Die Kadettenanstalten.

Das preussische Ministerium für Volksbildung teilt mit, daß die ehemaligen Kadettenanstalten Berlin-Niederschlesien, Raumburg, Köslin, Potsdam, Walsdorf und Plön zu Oftern als staatliche Bildungsanstalten wieder eröffnet werden. Außer den bisherigen Zöglingen mit Auswahl können aufgenommen werden: Söhne von gefallenen oder schwerbeschädigten Kriegsteilnehmern, Söhne von Auslandsdeutschen oder von deutschen Familien aus den abgetrennten Reichsgebieten. Die Anstalten werden als Realgymnasien geführt.

Zu den Elternratswahlen in Groß-Berlin.

ep. Bei den Elternratswahlen in Groß-Berlin hat die unpolitisch-christliche Liste einen unbestreitbaren Erfolg errungen, und zwar gerade auch an den Volksschulen. Sie dürfte etwa die Hälfte aller überhaupt abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt haben. Fast durchweg standen ihr Listen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen gegenüber, von denen die letzteren entfielen die Mehrheit errangen. Dies hat seinen Grund hauptsächlich darin, daß sehr viele mehrheitssozialistische Eltern bewußt für die unpolitisch-christliche Liste gestimmt haben, weil sie den politischen Parteikampf nicht in die Schule hineintragen wollten und ihren Kindern die christliche Unterweisung erhalten zu sehen wünschten. Die Wahlen in Groß-Berlin bilden nur das Vorbild zu den Hauptwahlen in ganz Preußen, die sich bis in den Mai hinein erstrecken werden.

Ein merkwürdiger Beschluß.

— ep. An einer Gemeindefschule in Berlin-Zehlendorf hat der neugebildete sozialdemokratische Elternbeirat kürzlich beschlossen, das Lehrerkollegium zu ersuchen, Luther und die Reformation nur im Religionsunterricht zu behandeln und vom Geschichtsunterricht auszuschließen. An einer rein evang. Schule soll also von der Reformation im Geschichtsunterricht nicht mehr die Rede sein, nur im Religionsunterricht, von dem man seine Kinder befreien lassen kann. Ist dann das noch deutsche Geschichte?

Unsere Gefangenen in Sibirien.

(WB.) Berlin, 24. März. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Ostsibirien ist gesichert. Fünf japanische Dampfer sind fest geschartert, wovon der erste, „Scotland Maru“, am 20. März 1920 Wladiwostok verlassen sollte. Die Kosten für die Heimführung von ungefähr 5000 Gefangenen betragen rund 150 Millionen Mark.

Heimkehrer aus Indien.

(WB.) Amsterdam, 23. März. Wie die englischen Blätter melden, wurde im englischen Unterhause mitgeteilt, daß während der letzten Monate etwa 1300 Deutsche von Indien aus in die Heimat zurückbefördert worden seien.

Uns Stadt und Land.

Calw, den 25. März 1920

Vom Landtag.

Dem Landtag sind weitere Gesetzesvorlagen zugegangen, darunter zwei Nachtragsforderungen zum Finanzgesetz für das Rechnungsjahr 1919. Der 10. Nachtrag fordert zum Ankauf des Anwesens Friedrichstraße 24 in Stuttgart einen Aufwand von 1 450 000 M., die aus Mitteln der Grundstücksverwaltung vorzuschließen sind. Das Gebäude soll für Kanzleizwecke erworben werden, nachdem die Ausführung der geplanten Neubauten für die Ministerien des Innern und des Reichs- und Schulwesens unmöglich geworden und angesichts der Finanzlage und der Baumaterialienknappheit für lange Zeit unmöglich sein wird. Im 11. Nachtrag werden zur Beteiligung an der Kleeberer Schwaben G. m. b. H. bis zu 3 200 000 M. und zur Beteiligung an der Bewerlung des bituminösen Schiefers bis zu 10 Millionen M. gefordert. Zur Deckung soll ein Staatsanlehen aufgenommen werden. Dem Landtag sind ferner die Staatsverträge über den Uebergang der Staatseisenbahnen und der Post- und Telegraphenverwaltung auf das Reich zugegangen.

Württembergs Finanzlage.

Im Finanzausschuß machte der Finanzminister Mitteilungen über die finanzielle Lage des Staates. Danach hat das Rechnungsjahr 1917 mit einem Restvermögen von rund 24 Millionen Mark abgeschlossen. Von diesem wurden die Anforderungen für zwei Nachträge mit 675 000 und 885 000 Mark gedeckt, ferner der staatliche Aufwand für den Arbeiter- und Bauernrat, der mit 500 000 Mark so niedrig ist, wie nirgends sonst im Reich. Weitere Summen wurden dem Restvermögen für Zwecke der Sicherheits-truppen, der Erwerbung der Silberbahn und für das Kraftverkehrsamt entnommen. Das Rechnungsjahr 1918 wird voraussichtlich mit einem Abmangel von 10,5 Millionen Mark abschließen, der noch aus dem Restvermögen von 1917 gedeckt werden kann, so daß das Rechnungsjahr 1919 mit keinen Fehlbeträgen aus den vergangenen Jahren belastet sein wird. Dieses Ergebnis ist ein recht günstiges, war doch für 1918 die Wahrscheinlichkeit eines Abmangels von 50 Millionen angenommen worden. Wie der Abschluß für 1919 sich gestalten wird, steht zunächst nicht fest. Die Einkommensteuer von rund 35 Millionen, die Umsatzsteuer von 4,5 Millionen, die Sporteln von 3 Millionen erbracht. Dazu kommen Mehreinnahmen der Staatshauptkasse mit rund 1 1/2 Millionen und ein Mehr bei den Matrikularbeiträgen von 1 Million, insgesamt Mehreinnahmen von 55 Millionen Mark. Diefen gegenüber stehen große Staatsüberschreitungen, vor allem beim Verkehrswezen. Man hofft aber, um etwa 25 Millionen günstiger abzuschließen, als ursprünglich angenommen worden war.

Änderung des Beamtengesetzes.

Der Finanzausschuß behandelte am Mittwoch auch den Gesetzentwurf über Änderung des Beamtengesetzes. Mit diesem Gesetz wird die Absicht verfolgt, denjenigen Beamten, die nach dem 10. November 1918 und vor dem 1. April 1920 auf Ansuchen in den bleibenden Ruhestand versetzt worden sind und im Zeitpunkt ihrer Versetzung in den Ruhestand das 65. Lebensjahr vollendet hatten, dieselben Ruhestandsbezüge zu sichern, die ihnen gewährt werden müßten, wenn ihre Pensionierung erst nach dem 1. April 1920 erfolgt wäre. Auch die Lehrer sollen, wie der Finanzausschuß beschloß, dieses Vorteils teilhaftig werden. Der Ausschuß stimmte dem Entwurf nach einer kurzen Aussprache über die Frage der Zurücksetzung der alten und nicht mehr voll leistungsfähigen Beamten einstimmig zu.

Die Bewaffnung der Arbeiter.

Von zuständiger Seite wird dem Südd. Korz.-Büro geschrieben: An die Regierung sind mehrfach Resolutionen aus Arbeiterversammlungen gelangt, in denen die Bewaffnung der Arbeiter gefordert wird. Die Regierung und die Sozialdemokratische Partei haben zu dieser Frage schon längst Stellung genommen und die Arbeiterschaft aufgefordert, in die Einwohnerwehren einzutreten. Dieser Aufforderung ist leider nicht so Folge geleistet worden, wie es erwünscht gewesen wäre. Die Forderung auf Bewaffnung der Arbeiter in so verallgemeinerter Form kann die Regierung nicht annehmen. Die Anregung dazu ist von Spartakisten und Kommunisten ausgegangen, die auf diesem Wege Waffen in ihre Hände zu bringen suchen. Die mehrheitssozialistischen Arbeiter, soweit sie dieser Forderung zustimmen haben, hatten dabei die beste Absicht, der Republik zu dienen. Es muß aber dringend davor gewarnt werden, sich auf die Winkeltzüge der Spartakisten und Unabhängigen einzulassen.

Hege gegen die Reichswehr.

Der verbrecherische Staatsstreich am 13. März, den einzelne militärische Führer und Politiker in ganz gewissenloser Weise angezettelt haben, hat zu einer wilden Hege gegen die Reichswehr geführt. Wenn auch einzelne Truppenteile in Norddeutschland sich als unzuverlässig erwiesen haben, so standen doch in erster Linie die süddeutschen Reichswehrruppenteile jederzeit hinter der verfassungsmäßigen Regierung und waren bereit, sich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gegen-

...ien.
...zentralstelle für
...transport über
...geschert. Bünf
...der erste, „Scot-
... verlassen sollte.
... 5000 Gefangenen

...englischen Blätter
...ill, daß während
...aus in die Heimat

...n 25. März 1920

...orlagen zuge-
...finanzgesetz für
...dort zum Ankauf
...von Aufwand von
...verwaltung vorzu-
...ermorben werden,
...für die Ministe-
...unmöglich ge-
...materialienapp-
...Nachtrag werden
...n. 5. 5. bis zu
...tung des bitumi-
...t. Zur Deckung
...Dem Landtag
...Uebergang der
...verwaltung auf

...er Mitteilungen
...das Rechnungs-
...Millionen Mark ab-
...für zwei Nach-
...der staatliche
...rat, der mit
...Reiche. Weitere
...Sicherheits-
...und für das
...rechnungsjahr 1918
...Millionen Mark
...17 gedeckt werden
...Fehlbeiträgen aus
...ses Ergebnis ist
...cheinlichkeit eines
...Wie der W-
...nicht fest. Die
...Millionen Mark, die
...In von 3 Mi-
...Staatshauptkasse
...Millionen Mark.
...vor allem beim
...Millionen günstiger
...war.

...ges.
...tweck auch den
...Mit diesem
...n, die nach dem
...Ansuchen in den
...Zeitpunkt ihrer
...vollendet hatten,
...gewährt werden
...April 1920 er-
...anzwangsbeschluß
...besch stimmte dem
...nge der Zurück-
...Beamtinnen ein-

...er.
...Korr.-Büro ge-
...solutionsen aus
...Verwahrung der
...Sozialdemo-
...gängst Stellung
...in die Ein-
...ist leider nicht
...esen wäre. Die
...rallgemeinerer
...Die Anregung
...gegangen, die
...en suchen. Die
...Forderung zu-
...er Republik zu
...it werden, sich
...hängigen ein-

...den einzelne
...tenlofer Weise
...en die Reichs-
...per in Nord-
...so standen doch
...nteile jederzeit
...waren bereit,
...rönung gegen-

Über allen verfassungswidrigen Bestrebungen einzusetzen. Auch heute tut die Reichswehr ihre harte Pflicht gegenüber dem Volksganzen. Es ist deshalb kein Zeitpunkt ungeeigneter als der gegenwärtige, unangebrachte Politik zu üben. Jetzt gilt es, alle ordnungswilligen Volksgenossen zu einigen und an der Rettung des deutschen Volkes zu arbeiten. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn eine vergiftende Hege, wie sie sich schon in Rohheitsakten und wüsten Beschimpfungen gegenüber Angehörigen der Reichswehr kundgetan hat, unterbleibt.

Eine Erklärung der U. S. P.

Die U. S. P. Württemberg tritt jetzt mit einer Erklärung hervor, deren Abgabe im Landtag verhindert worden war. U. a. wird darin gesagt: „Die Regierung Ebert-Roske war weder fähig, noch willens, den Arbeitern entscheidende Macht zu gewähren und zu sichern und eine gesunde Volkspolitik, geschweige denn eine sozialistische Politik zu treiben. Der äußersten Linken verbieten Ehre, Grundzüge und politische Einsicht, die bisherige Regierung und die bürgerliche Republik zu stützen. Die Vertreter der U. S. P. im württ. Landtag sind entschlossen, für die Einführung der sozialistischen Räte-republik und gegen die Militärdiktatur der Wittich und der Roske den Kampf entschlossen zu führen.“

Mittel für Kriegsgefangene.

In einer Besprechung im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern ehemaliger Kriegsgefangener wurde, wie der Württ. Landesverband ehemaliger Kriegsgefangener mitteilt, von der Reichsregierung die Zusage erreicht, daß für die Heimkehrer weitere 280 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden sollen. Die aus französischen Gefangenschaft Zurückgekehrten sollen eine Wirtschaftsbeteiligung von 200 Mark (bisher 100 Mark) entsprechend dem gesunkenen Gelbwert erhalten. 250 Millionen Mark sind für Einföhrung der Gut-habenscheine vorgesehen, 9 Millionen Mark als Zuschlag zur Regelung der Schadenerschaftsprüche.

Keine Ehrenzulage für das E. K. 1. Klasse.

Auf eine Anfrage hat das Reichswehrministerium folgenden Bescheid erteilt: So erwünscht die Gewährung einer Ehrenzulage an die Inhaber des E. K. 1. Kl. auch wäre, so muß jedoch bei der Geldlage des Reiches von weiteren Maßnahmen in dieser Frage abgesehen werden.

Gerichtstermine.

Um den Bedürfnissen der Landwirtschaft entgegen zu kommen, hat das Justizministerium angeordnet, daß auch für die diesjährige Anbau- und Erntezeit bei der Anberaumung von Terminen in bür-

gerlichen Rechtsstreitigkeiten, Strafsachen usw. Rücksicht auf Personen genommen wird, die in der Landwirtschaft tätig sind. Auch bei Straf-ausschub und Strafunterbrechung sollen die Bedürfnisse der Land-wirtschaft in weitgehendem Maße entscheidend sein.

Erhöhung der Brennholzpreise.

Durch eine Verfügung des Landesbrennstoffamts werden die bis jetzt geltenden Brennholzpreise um 25 Pro-zent erhöht. Die Steigerung der Holzhauerlöhne ist die Ur-sache hiesfür. Die Erhöhung gilt rückwirkend bis 1. Januar ds. J., erstreckt sich aber nicht auf Käufe, die früher abgeschlossen worden sind.

Ruß als Dünger.

Vielfach wird der Ruß kurzerhand in das Futterfaß geworfen und aus diesem in die Grube. Wer sich aber die Mühe nicht ver-drießen läßt, seine Gartengewächse und Blumen damit zu düngen, wird die Vorzüglichkeit dieses Düngers bald bemerken.

Gegen die Blutlaus.

Der Kampf gegen einen sehr gefährlichen Feind der Apfelbäume, besonders der frühen und feineren Sorten, gegen die Blutlaus, kann nicht bald genug unternommen werden. Wo sich am Baum weißer Flaum zeigt, der Schneeflocken ähnlich gegen den Boden an der unteren Zweigseite hängt, ist die Blutlaus da. Gegen sie hilft kein Baumwachs, sondern nur Erdöl. Man tauche einen Lappen in Erdöl und reibe mit ihm alle Stellen, wo sich die Blutlaus zeigt, tüchtig ab. Nach dreimaliger Erdölbehandlung in Zwischenräumen von 4 Wochen hat man den Schmaroher los. Als Vorbeugungs-maßregel ist auch der Kalkanstrich im Herbst zu empfehlen. Am besten wirkt aber als Vorbeugungsmittel richtige Düngung und sach-gemäße Bodenbearbeitung.

(S. W.) Herrenberg, 24. März. Auf dem Rathaus in Unter-jettingen ist ein frecher Einbruchsdiebstahl verübt worden. Den Dieben sind 6000 Mark amtliche Gelder in die Hände gefallen. Außerdem ließen sie 20 Revolverpatronen, ein Stück Baschfesse und 15 Zigarren mitlaufen. Die Tageseinnahme des Ortsvorstehers mit 2600 Mark blieb unverfehrt in einer Schublade liegen, ebenso die Kapitalkasse der Gemeinde. Auch der im Aml-zimmer stehende Eierkorb wurde von den Dieben nicht beachtet.

(S. W.) Mühlacker, 24. März. Die Wehrzahl der Kriegs-gefangenen ist in der Heimat angelangt. Damit hat auch die hiesige Heimatübernahmestelle den größten Teil ihrer Arbeit hinter sich. Arbeit gab es genug. Es kamen hier durch von November 1919 bis März 1920: 23871 Mann; abgegeben wurden

25 300 Portionen Kaffee und 21 000 Brote nebst unzähligen Köden und Obst; Sonderzüge aus Feindesland waren es 31.

(S. W.) Ludwigsburg, 23. März. Am Samstag abend kam es in der Körnerstraße zu einer Schieberei zwischen Zivil und Militär. Zivilpersonen richteten beleidigende Anmerkungen gegen die in der früheren Kulantenlager untergebrachten Reichs-wehrsoldaten. Die Soldaten suchten dem Wortwechsel ein Ende zu machen dadurch, daß vier mit Karabinern bewaffnete Leute herbeigeholt wurden, um die Beleidiger zu zerstreuen. Die Zivilisten drangen auf die Soldaten ein und suchten die Waffen abzunehmen. Der bedrohte Soldat rief seine Kameraden um Hilfe an, worauf von den Soldaten Schredschüsse abgegeben wurden. Dabei wurde eine Zivilperson getroffen. Der Verletzte starb nach kurzer Zeit.

(S. W.) Donnstetten, 23. März. Eine Frau von Eßlingen, die von Zeit zu Zeit regelmäßig zum Hamstern hier-herkommt und den ganzen Ort nach Eiern abweidet, fiel dieser Tage am Rathaus in ein Hydrantenloch, das aus Anlaß des Baues der Wasserleitung noch offen stand. Auf ihre Hilferufe eilten junge Burschen herbei und zogen sie heraus, pudelnah wie eine Wasser-maus. Sie nahm keinerlei Schaden, selbst das Eierförschen mit seinem kostbaren Inhalt blieb unverfehrt. Das Hydrantenloch hat den Namen Hamstere Loch erhalten, und da hier noch viele solcher Wasserlöcher offenstehen, glauben sich die Dorfbesohner vor all den stolzen Hamstereen geschützt, die in der Dunkelheit ihrem Handwerk nachgehen.

(S. W.) Sigmaringen, 24. März. Die Nachricht, Erzber-ger befinde sich in Beuron, ist unrichtig. Er weilt in der Nähe, aber nicht in Beuron.

Eingefandt.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen über-nimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

In letzter Zeit werden vielfach Klagen geführt wegen Ueberhandnahme des Raubzuges, wie Fälsche, Habicht usw. Da dieselben nachgewiesen schon bedeutend unter dem Federdieb da und dort ausgeräumt haben, und da bei dem teuren Feder-vieh und den hohen Futterpreisen den Besitzern dadurch beträcht-licher Weise beträchtlicher Schaden entsteht, möchte Einsender die betreffenden Organe, bezw. Behörden bitten, hier Abhilfe zu schaffen, ehe selbständige Hilfe eingreifen müßte. P. H.

Für die Schriftl. verantw.: J. Bertz, H. D. Röder, Calw. Druck und Verlag der W. Bläskäger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Am Freitag, den 26. März wird auf der Freibank von 8-9 Uhr an den Buchstaben S Schweinefleisch verkauft, das Pfd. 4 20 Mk. Lebensmittel-bücher u. Fleischkart. sind mitzubringen.

Bis Samstag, 27. kann bestellt werden auf Lebens-mittelmarke Nr. 196. Runkelhönig, Nr. 197 Käse, Nr. 198 Feigwaren

Die Kleinhändler wollen die Bestellmarken am Mon-tag vorm. auf dem Rathaus abliefern.

Calw.

Die hiesigen Geflügelhalter, sowie die auswärtigen, die Ihre Lebensmittelkarten von Calw beziehen, wollen die

Eierlieferungsharte,

soweit noch nicht gesehen, am Samstag, 27. vormittags auf dem Rathaus abholen. Der etwaige Nicht-empfang einer Mitteilung über die Lieferungsschuldigkeit entbindet nicht von der Ablieferungs-pflicht. Bis 28. März sind von jeder Pflüchthenne 14 Eier abzuliefern.

Calw, 25. März 1920.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Schutz der Haselweiden und Haselnußblüten

(Palmbüschchen und Haselnußwürfchen).

Verboden ist:

- das Fellbieten und der Verkauf von Palm- und Hasel-nußbüschchen.
- das Abbrechen von Palm- und Haselnußbüschchen von fremdem Eigentum.

Uebertretung wird bestraft. Eltern, Lehrer und Erzieher sind gebeten, die Kinder auf dieses Verbot ernstlich hinzu-weisen und Uebertretungen zu verhindern.

Im Interesse der Bienenzucht und der Honigerzeugung wird vor dem Abbrechen solcher Blüten und Zweige und vor dem Verkauf in Läden gewarnt.

Calw.

Die Hundebesitzer

werden auf ihre Pflicht zur

An- und Abmeldung ihrer Hunde

In der Zeit vom 1. bis 15. April aufmerksam gemacht. Wer bis zum 15. April die Abmeldung eines fester ver-steuerten Hundes unterläßt, hat die Abgabe für das neue Steuerjahr fortzuentrichten, auch wenn er während der Zeit keinen Hund mehr hält.

Die Abgabe für einen Hund beträgt 20 Mk. für das Jahr. Wer nach dem 1. April einen steuerbaren Hund zu halten beginnt, hat hievon binnen 2 Wochen der Gemeinde-behörde Anzeige zu erstatten.

Wer die vorgeschriebene Anzeige eines Hundes unter-läßt, wird mit dem dreifachen Betrage der gefährdeten Ab-gabe bestraft.

Alle An- und Abmeldungen sind bei der unterzeich-neten Stelle schriftlich oder mündlich zu machen.

Calw, den 24. März 1920.

Stadtpflege: Frey.

Bekanntmachung.

Das Stadtschultheißenamt sieht sich veranlaßt darauf hinzuweisen, daß nach der ortspolizeilichen Vorschrift vom 21. Juni 1904

das Laufenlassen von Hühnern auf den öffentlichen Straßen und Plätzen der Stadt Calw und selbstverständlich auf fremden Eigentum verboten ist.

Die Schutzmännschaft hat strenge Weisung erhalten, Uebertretungen zur Anzeige zu bringen.

Calw, 25. März 1920.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Anständiger Herr (Beamt.) sucht auf 1. April od. später

1-2 schön möbl. Zimmer

Bahnhofnähe und zentrale Lage bevorzugt. Gest. Angebote unter S. 101 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Wer übernimmt fort-laufendes Sammeln von

Brombeer-Blättern

gegengute Bezahlung? Angebote an Friedr. Kraushaar, Kaffee-u Teegroßhandlung, Stutt-gart, Gutenbergstraße 109.

Möbl. Zimmer

auf 1. April in Calw oder Hirfau zu mieten gesucht.

Not. Prakt. Strinz, Untere Marktstr. 85.

Ein Läufer-Schwein

verkauft Paul Burkhardt, Bäckerei.

Liebelsberg.

Stiere

setzt dem Verkauf aus Ulrich Koller.

Einige Zentner Heu

hat zu verkaufen. Wer, jagt die Geschäfts-stelle d. Bl.

Kaufe fortwährend Alteisen und Metall

zu den höchsten Tagespreisen. Andreata, Hirfau.

Hühner-Hund

dunkel gezeichnet auf den Namen „Feldmann“ gehend mit Nückelalsband ging am Samstag an der Kreuzung Gärtinger-Abtlinger-Deufringer Straße

verloren.

Sch bitte den Hund gegen Entschädigung aller Auslagen und B. lohnung an mich zu-rückzugeben oder mich tele-phonisch unter Abtlingen Nr. 1 zu benachrichtigen.

Robert Niebling, Kaufmann in Firma Sägewerk Deufringen Georg Schuster's Nachfolg. Niebling & Siegel in Deufringen D. A. Böbling.

Mädchen-Gesuch.

Suche zum sofort. Eintritt

2 tüchtige, ehrliche Mädchen

für Küche und Haushalt, denen Gelegenheit geboten ist, das Kochen gründlich zu erlernen. Gehalt nach Ueber-einkunft.

Angebote unter S. 70 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gesucht wird ein

Kellner-Lehrling

aus guter Familie. Hotel Waldhorn, Calw.

Enlaufen größerer Wolfshund

Gegen hohe Belohnung ab-zugeben an Sägewerk Barth, Calw-bach D. A. Neuenbürg.

Mädchen sucht Stellung

in Pensionat oder Sana-torium als

Zimmernädchen

Zuschrift erbeten an Frau Strohmaier, Hirfau

Suche sofort oder 1. 4. fleißiges, braves

Mädchen

nicht unter 19 Jahren fürs Haus in Ort Nähe Kautanz. Monat. Lohn 60 Mk. Reise frei. Angebote unter S. 71 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gesucht

wird ein 16-17 jähriges

Mädchen

für Haus- u. Landwirtschaft. Hoher Lohn und gute Be-handlung zugesichert.

Ehr. Kuhn, Malmshheim.

Einen ordentlichen

Jungen

nimmt in die Lehre Carl Frohnmüller, Bäckermeister, Calw, Altburgerstr.

Brückenwagen

Gewichte dazu

empfehlen

Emil Reiter, Weilberstadt.



Bad Liebenzell.
Hotel-Restaurant Kurpark
 wieder eröffnet.
 Hochachtungsvoll Josef Sommer.

Nur noch 8 Tage
 ist es Zeit
 vor Eintritt der neuen Steuern, in
Cigarren, Cigaretten
 und
Rauch-Tabak
 seinen Bedarf zu decken.
 Große Auswahl. Erste Qualitäten.
 Mäßige Preise!
A. Luz, Lederstr.

Platzvertretung
 für Calw und Umgebung für einen
 Haushaltsartikel zu vergeben.
 Erforderliches Kapital 1000-2000 Mark. Offerten
 unter F. N. 71 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Die hier ersichtliche Kundenzunahme vom 1. Juli 1907/14, sowie die Erledigung von 80 % aller
 Bücheranlagen bzw. Umwandlungen und 95 % aller Jahresabschlüsse nach
 doppelter Buchführung an einem Tag sollte jeden Interessenten
 veranlassen, kostenlos und unverbindlich Honorar-
 tarif und notariell beglaubigte Atteste
 aus 12-jähriger Praxis
 zu verlangen.
Karl Hecht
 Bücher-Revisor und
 kaufmännischer Sachverständiger
 Stuttgart-Gablenberg.

Hauen und Kärste
 empfiehlt
Emil Netter, Weilderstadt.

Schreiner-Innung.
 Am kommenden Samstag, den 27. März, mittags
 1 Uhr, findet im Gasthof zum „Adler“ hier die jährliche
General-Versammlung
 statt.
 Tagesordnung:
 Rechenschaftsbericht.
 Leim- und Holzfrage.
 Verschiedenes.
 Der Vorstand: Karl Buhl.

Am Sonntag, d. 28. März 1920
 findet nachmittags 1/2 Uhr
 im Gasthaus zum „Waldhorn“
 in Hirsau

große Versammlung
 für sämtliche Fuhrwerksbesitzer
 des Oberamts Calw
 betreffs Steuerungs-Zuschlag
 auf die allzu niedrigen Fuhrlöhne
 und Gründung einer
 Fuhrunternehmer-Vereinigung
 statt.
 Paul Nonnenmann, z. Waldhorn, Hirsau.

Fahrnis-Versteigerung.
 Am Samstag nachmittag 2 Uhr verkaufe ich wegen
 Entbehrlichkeit im Hause des Schlossers Mehm, Wegger-
 gasse, gegen Barzahlung:
 Etwas Küchengehör, 1 neue, lak.
 Kommode, 1 lak. Kleiderkasten, 1 Re-
 gulateur, 1 lak., guten Stisch, Vor-
 hänge und Gallerien.
 Liebhaber sind eingeladen.
 Stadtinventierer Kolb.

Das Calwer Tagblatt kann jederzeit bestellt werden!

Feinste große
Büchlinge
 sind eingetroffen
 Spar- u. Consumverein.

Weißklee
 (Steinklee)
 ist eingetroffen
 Otto Jung, Landespro-
 dukte, Calw.

Alle Sorten
Gartensamen
 empfiehlt
 Friederike Pfeiffer.

Futterkalk
 Marke B
 für Vieh u. Schweine
 das Beste.
 F. Wolf,
 Oberreichenbach.

1 beinahe neuer
Webers
 Backofen,
 (10-12 Latb)

1 Blasbalg
 für Schmiede und Schlosser,
 sehr gut erhalten, billig zu
 verkaufen
 St. Preusch, Flaschner-
 meister, Unterreichenbach.

Im Auftrag zu verkaufen
1 Kinderbettrost
 130x70 entf. mit Woll-
 matröße, und

1 Divan neu.
 Friedrich Hennefarth,
 Tapeziergeschäft,
 jetzt Postgasse 134
 bei der alten Apotheke.

Ein neuer
Anzug
 für mittlere Größe ist zu
 verkaufen.
 Zu erfragen auf der Ge-
 schäftsstelle d. Bl.

**Neuen Sonntags-
 Anzug**
 aufs Land passend, größere
 Figur, hat zu verkaufen
 Wer, sagt die Geschäfts-
 stelle d. Bl.

5 1/2 Meter reinwollenen
schwarzen Stoff
 68 cm breit zu verkaufen
 oder einzutauschen.
 Zu erfragen in der Ge-
 schäftsstelle des Blattes.

1 Sommerhut
 für junge Mädchen, noch
 wie neu, sowie 1 schwarzer
Taffet-Hut
 für Kinder preiswert zu
 verkaufen.
 Bahnhofstraße 407 1/2.

Ein Paar neue
**Militär-
 Stiefel**
 Größe 27 1/2, Weite 4
 verkauft
 Adolf Fleck, Teinach

Guterhaltenes
Klavier
 in der Preislage von 3 bis
 4000 Mk. gesucht.
 Angebote unter R. 71 an
 die Geschäftsstelle d. Bl.

Guterhaltenes
Piano
 zu kaufen gesucht.
 Angebote unter W. 70
 an die Geschäftsstelle d. Bl.

DresdnerBank
 Aktienkapital und Reserven
 M 340 Millionen
Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

FRIEDRICH DAUR
CALW
Manchesterhosen
 für Jünglinge.

Hirsau, den 25. März 1920
Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
 nahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters
 †
Heinrich Bedth,
 Schreinermeister,
 sowie für die trostreichen Worte des Herrn
 Pfarrers Bahler, des verehrlichen Gesang-
 vereins, die vielen Blumenpenden und die
 zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte
 sagen auf diesem Wege herzlichsten Dank
 die trauernden Hinterbliebenen.

Ottenbronn, den 24. März 1920.
Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
 nahme bei dem Hinscheiden meines lieben
 Bruders, Schwagers und Onkels
 †
Matthäus Luz
 für die trostreichen Worte des Herrn Geist-
 lichen, für den schönen Gesang des Jung-
 frauenvereins unter Leitung des Herrn Haupt-
 lehrer Wagner, sowie für die zahlreiche Be-
 gleitung zu seiner letzten Ruhestätte sagt herz-
 lichen Dank
 im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Michael Luz, zum „Adler“.

Achtung! Achtung!
An- und Verkauf
 von gebrauchten Ziehharmonikas
 im Spezialgeschäft für Reparaturen an Harmonikas
Gebr. Hohnloser, Pforzheim, Bergstr. 27.

Emailliesen-Lehrmädchen
 bei gründlicher Ausbildung
 kann sofort eintreten
 Aug. Ullmann, Email-Kunst-Anstalt
 Pforzheim, Westl. Karl-Fr. Str. 63.

Schönen 3 blättrigen
Kleesamen
 Pfund 23 Mk., empfiehlt
 Karl Sch'ag, Liebenzell.